

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschusskasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 30 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: **Donnerstag mittag 12 Uhr.** Vereins-Anzeigen werden mit 25 M. für die dreigespaltene Pettzeile oder deren Raum berechnet

Sturmzeichen.

Die Schwerverdiener melden ihre Forderungen an Einkunder, Geldwert, rasend ansteigende Steuer. Der Verzweiflung nahe, verfällt die Arbeiterschaft trotz aller Lohnerhöhungen ständig zunehmender Vereinfachung. Den großkapitalistischen Kreisen um Stinnes winkten um so größere Profitmöglichkeiten, je mehr der Marktwert zurückgeht. Deshalb liegt ihnen, nach dem eigenen Eingeständnis von Stinnes, gar nichts an gefestigten Währungsverhältnissen, obgleich die minderbemittelten Volksteile nur dadurch vor dem Neubersten bewahrt werden können, daß es gelingt, der Geldentwertung Einhalt zu gebieten.

Die von der deutschen Regierung, nicht zum geringen Teile auf das Drängen des V.D.M. zur Festigung des Marktwertes unternommen und noch beabsichtigten Maßnahmen suchen die Nutznießer der Geldentwertung zu hintertreiben. Nach ihren von nacktester Selbstsucht zeugenden Absichten soll das arbeitende Volk weiter darben, wenn ihnen nur die Möglichkeit erhalten bleibt, sich aus der allgemeinen Volksnot zu bereichern.

Im Reichswirtschaftsrat hat Stinnes kürzlich klar ausgesprochen, wohin die Reise gehen soll, falls er und seinesgleichen über die Wünsche des Volkes zu bestimmen hätten: die Arbeiter sollen in ihrer Lebenshaltung nicht nur abhängig bleiben von der schwankenden und immer geringer werdenden Kaufkraft ihres Lohnes. Sie sollen auch mehr und vor allem länger arbeiten. Etwa 10 oder 15 Jahre lang sollen sie sich täglich 2 Stunden länger, also 10 Stunden ausbeuten lassen, ohne für diese Überarbeit einen Anspruch auf Löhnerhöhung zu haben. Damit hat Stinnes all denen aus dem Herzen gesprochen, die von der Arbeit anderer leben.

Diese Verächter des Achtstundentages sind aber auch Todfeinde aller direkten Steuern, die Einkommen, Vermögen, Erbschaften usw. treffen sollen. Gewiß, Steuerdrückbergerei und Steuererbterung schaffen ihnen manche Erleichterung, werden aber mit der Zeit doch unannehmlich. Nun suchen ihre Wortführer solchen Leuten, die auf sie hören, eine „weibildende“ Steuerpolitik aufzureden, die, auf indirekten Steuern aufgebaut, schon die notwendigen Einnahmequellen schaffen würden. Da solche Steuern den Massenverbrauch treffen müssen, um extragig zu sein, so sind sie wunderbar geeignet, die Lohn- und Gehaltsempfänger, die unbemittelten Volksteile, auszupowern zugunsten von Kapital und Grundbesitz.

Trotz allen Fleißes verdient der Arbeiter nicht so viel, daß er sich und seine Familie ordentlich ernähren, kleiden und behausen kann. Demgegenüber sieht er, wie eine andere Volksschicht sich maßlos bereichert, einen unerhörten Luxus betreibt, ohne überhaupt nützliche Arbeit zu vollbringen. Dazu muß der Arbeiter ständig befürchten, als erster das Opfer der heranrückenden Wirtschaftskrise zu werden, und der in ihrem Gefolge einziehenden Arbeitslosigkeit. Und angesichts dieser aufreizenden Zustände wagt es ein Vertreter des Großkapitals, den Arbeitern den Verzicht auf den Achtstundentag zuzumuten.

Ausgehend von Bayern, das leider zum Unterschluß für monarchistische Nordverbände geworden ist, und angeleitet durch die Faschistenkreise in Italien, will eine nationalistische Reaktion mit allen Kräften aus der deutschen Regierung einen Vollzugsausschuß des Großkapitals machen. Daraus ergibt sich für die deutsche Arbeiterschaft, daß sie sich für kommende Kämpfe gerüstet halten muß. Vor allem gilt es, die Gewerkschaften weiter auszubauen und zu stärken. Parteipolitisch fanatischeren Bestrebungen der gewerkschaftlichen Einigkeit und Geschlossenheit muß ihre wertvollste Tugend unterbunden werden. Sie arbeiten nur zum Vorteile von Stinnes und Konsorten.

Die Sturmzeichen mahnen. Der Achtstundentag steht vorfallt mit unserer gewerkschaftlichen Macht. Stehen wir stark und entschlossen, Arbeiter, Angestellte und Beamte in ihren Verbänden zusammen, so wird der kapitalistische Machtvoller kein Begeben müssen, und wenn er sich noch so sehr aufbläht.

„Verband der Ausgeschlossenen.“

Die Zutreiber der Kommunistenpartei haben inzwischen erkennen müssen, daß es ein aussichtsloses Unterfangen war, die Einigkeit in unserem Verbände durch ihre Zellen zu unterhöhlen, zu dem Zweck, ihn den Weisungen ihrer Partei zu unterstellen. Unter demagogischer Ausnutzung der furchtbaren wirtschaftlichen Not ist es ihnen leider gelungen, eine verhältnismäßig kleine Zahl von Mitgliedern, in einzelnen Orten keine Mitgliedergruppen berartig zu fanatisieren, daß mit diesen irreführten Kollegen eine Gemeinschaft im Verbände nicht mehr möglich war. Das hat die Verbandsarbeit hier und da erschwert. Die um den Ausgleich der dadurch hervorgerufenen Zwistigkeiten aufzuwenden und auch jetzt noch erforderliche Mühe und Arbeit könnte sich erproblicheren Aufgaben zuwenden, wenn dieser Bruderkrieg nicht wäre. Aber den Vorkursch unseres Verbandes, sein tatkräftiges Wirken zum Besten der gesamten Bauarbeiterschaft vermochten die von der kommunistischen Partei aufgestellten Verbandszerstörer nicht aufzuhalten, trotz aller Schmähungen auf den Verband und seine Führerschaft. Hier stehen sie auf die Einigkeit der Hunderttausende von Bauarbeitern, die erkannt haben, daß es für sie von zwei Dingen nur eins gibt: Entweder in unserm Verbände einig und geschlossen zusammenstehen und mit allen Kräften für bessere Lebensbedingungen kämpfen, oder den kommunistischen Tiraden Gehör schenken, den Verband sprengen lassen und mehr- und rettungslos der Unternehmerwillkür, der kapitalistischen Verflaubung preisgegeben sein. An dem Gerant dieser Einigkeit mußte alle kommunistische Zellenaktivität gescheitern.

Infolge dessen sind die Verantwortlichen der kommunistischen Partei schon seit längerer Zeit darauf aus, eine Sonderorganisation zu errichten und dadurch ihre fruchtlose Arbeit zu fördern, in der Hoffnung, unserm Verband von außen her beizukommen zu können, ihn zu spalten und dann den Rest durch die Bekannten Mittel unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Dies ebenso frivole wie verbrecherische Beginnen hat anscheinend zu einem gewissen Abschluß geführt; denn wie aus einer uns vorliegenden Satzung hervorgeht, die am 1. Oktober in Kraft getreten sein soll, ist man dazu übergegangen, einen Verband der Ausgeschlossenen zu gründen.

Wäre es nicht so tieftraurig, daß es Bauarbeiter gibt, wenn auch nur in verhältnismäßig geringer Zahl, die sich für solche alberne Zwecke mißbrauchen lassen, so könnte man über einen derartigen Streich lachen. Ausgerechnet für jene Arbeiter, deren Gemeinschaftssinn erst so schwach entwickelt ist, daß sie es nicht fertigbrachten, für ihre Forderungen, Wünsche und Beschwerden in dem Rahmen der in unserm Verbände von den Mitgliedern selbst geschaffenen Rechte zu kämpfen und zu werden, ausgerechnet für solche Leute gründen die kommunistischen Weltbeglucker eine besondere Organisation. Die Satzungen dieses Verbandsmonstrums sind denn auch bescheiden als Richtlinien bezeichnet. Nebenfalls ist das mit Rücksicht darauf geschrieben, daß die als Mitglieder in Aussicht genommenen Arbeiter, das hat ihr Verhalten in unserm Verbände gezeigt, Satzungen und Vorschriften, die für alle gleichmäßig gelten, als lästige Fesseln empfinden. Von den Richtlinien wird wohl jeder für sich nur so viel gelten zu lassen brauchen, wie es ihm gerade gefällt.

Es lohnt sich nicht, die Richtlinien hier wiederzugeben und ihre Bestimmungen einzeln durchzugehen. Sie sind ein stümperhafter, verstimmler, durch kommunistisch-radikale Schlagworte und Nebensarten verbalformierter Wortschwallung unserer Verbandsführung mit Vereinen, Bezirkskonferenzen, Reichskongress, Zentralbureau, Zentralausschuß, Verbandszeitung usw. Sogar Ausschlußvorschriften gibt es; ferner Beiträge, Unterstellungen, befehlen nach Stundenlöhnen, wobei allerdings für Arbeitslose und Kranke keine Unterstützung vorgesehen ist. Die Solidarität für die durch Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kollegen bestehen diese Revolutionäre auf billiger Weise zu bezeugen, als durch Beitragsopfer. Sie schreiben statt dessen einfach in ihre Richtlinien hinein: „Kampf um die restlose Befreiung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess und Neuordnung und Erleichterung der Arbeitsvermittlung, Kampf um die Produktionsbedingung und im Verfolg dessen Übernahme der Produktion.“ Geraten die Arbeitslosen so sehr grandioser Solidaritätsbekundung nicht außer sich vor Begeisterung, so ist ihnen nicht zu helfen. Seinen Sitz hat der Verband natürlich in Chemnitz. Er ist der roten Gewerkschaftsinternationale, Moskauer, „geschlossenen und will auch sonst internationale Beziehungen unterhalten. Auf den Zulauf aus den Reihen unserer Verbandsmitglieder scheinen die Urheber dieses Verbandes keine allzugroßen Hoff-

nungen zu setzen; denn nach den Richtlinien sollen auch Ausgeschlossene aus andern Bauarbeiterverbänden aufgenommen werden. Damit unsere Verbandsmitglieder erkennen können, was Geistes Kinder diese Richtlinien und den Ausgeschlossenen-Verband aus der Taufe gehoben haben, seien aus dem § 1 folgende Sätze hier wiedergegeben:

Die im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten Bauarbeiter, die eine oppositionelle Haltung gegen das reformistische Vorgehen der Verbandsleitung eingenommen haben, sind im Verlauf der sich hieraus ergebenden Konflikte von der Verbandsleitung wegen angeblicher Organisationschädigung aus dem Verband ausgeschlossen worden. Sie sehen in ihrem Ausschluß ein widerrechtliches Vorgehen der Verbandsleitung. — Dieser Ausschluß bedeutet für die Betroffenen eine Verhinderung ihrer Teilnahme an der gewerkschaftlichen Arbeit. Um dieser Folge zu begegnen und um weiterhin tatkräftig auf die Aufhebung der widerrechtlichen Beschlüsse hinarbeiten zu können, gründen sie die gewerkschaftliche Vereinigung der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands. (Verband der Ausgeschlossenen.)

Ein Kampf gegen unsern Verband ist nicht anders zu führen, als im Bunde mit der Lüge und der Unwahrscheinlichkeit. Das ergibt sich auch aus dem vorstehend wiedergegebenen Teile der Richtlinien. Entgegen aller Wahrheit sollen sie den Eindruck erwecken, als seien Mitglieder wegen ihrer oppositionellen Haltung und der daraus entstandenen Konflikte aus dem Verbände ausgeschlossen worden. Das ist einfach unwahr. Aus dem Verbände ist noch kein einziges Mitglied wegen oppositioneller Haltung ausgeschlossen worden. Wo zu dieser Maßregel gegriffen werden mußte, ist es nur geschehen, weil die davon Betroffenen trotz aller gültigen Versuche nicht zu bewegen waren, ihre gegen den Verband gerichteten, satzungswidrigen Handlungen einzustellen. Unsere Verbandsleitung handelt in dem Rahmen der ihr durch Satzung und Verbandsratsbeschlüsse erteilten Befugnisse. Sie ist nicht berechtigt, diese zu überschreiten. Demzufolge ist es auch richtig, die Ausschüsse, die leider vorgekommen werden mußten, als widerrechtlich zu bezeichnen. Alle Verbandsorgane haben die Tätigkeit der Verbandsleitung vollaufgebilligt. Ob sie reformistisch oder revolutionär handelte, darüber zu urteilen mangelt es der gesamten kommunistischen Klerlei an Fähigkeit wie an gutem Willen. Unsere Verbandsleitung, wie alle in Dienste des Verbandes stehenden Mitarbeiter, ob angestellt oder ehrenamtlich, bis zum letzten Beitragskassierer, dürfen jedenfalls für ihre zielbewusste, immer auf das jeweils Erreichbare eingestellte Gewerkschaftsarbeit beanspruchen, daß sie taufendfach revolutionärer ist, als aller kommunistischer Pfaffenbräu aufzusammennommen. Daß der Ausschluß die Betroffenen hindert, an gewerkschaftlicher Arbeit teilzunehmen, trifft ebenfalls nicht zu; denn es kommt ganz auf sie allein an, ob sie sich wie alle übrigen Verbandsmitglieder in die Verbandsordnung einfügen wollen. In diesem Falle ist ihr Wiedereintritt in den Verband jeden Tag möglich. Wenn sie dagegen den Kampf gegen den Verband und seine Einrichtungen zugunsten einer politischer Partei als Teilnahme an gewerkschaftlicher Arbeit ansehen, dann allerdings sind sie Gewerkschaftsfeinde, die ihr Heil außerhalb des Verbandes suchen müssen.

Eine wirkliche gewerkschaftliche Arbeit, den Kampf um bessere Lebensbedingungen mit dem Ziele einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, können die Bauarbeiter nur gemeinsam führen, in einer einheitlichen Organisation, in unserm Verbände, und zwar um so erfolgreicher, je geschlossener und einiger sie in ihm zusammenstehen. Der Ausschluß aus dem Verband ist dazu völlig untauglich. Ganz abgesehen von seiner zahlenmäßigen Schwäche und Bedeutungslosigkeit, über die er nicht hinauskommen wird, ist er schon zum Scheitern verurteilt, weil Unwahrscheinlichkeit seine einzige Grundlage bildet; denn welcher halbwegs überlegungsfähige Kollege möchte wohl einer Organisation Geldmittel anvertrauen, die ganz auf unwahren Voraussetzungen begründet ist, der es an einer ordentlichen Satzung fehlt; deren Mitglieder erst lernen müssen, gemeinsam zu handeln, die noch keinen Sinn dafür haben, daß das Recht des einzelnen seine Grenzen findet in dem, was die Gesamtheit der Mitglieder an Rechten gewahren kann, wie dies beispielsweise in der Satzung unseres Verbandes für alle Mitglieder bindend niedergelegt ist. Jedes unserer Verbandsmitglieder darf darauf vertrauen, daß die Verbandsleitung streng in dem Rahmen ihrer satzungsmäßigen Befugnisse handelt, so daß die Rechte des einzelnen jederzeit genügt sind. Das ist aber doch bei dem Ausschluß aus dem Verband nicht der Fall. Er ist nicht ins Leben gerufen, damit den Ausgeschlossenen die Möglichkeit zu gewerkschaftlicher Arbeit gegeben werde. Die Möglichkeit haben sie jeden Tag, sie brauchen sich nur

mit den übrigen Mitgliedern unseres Verbandes wieder in Reich und Glied zu stellen. Nein, der ausgeschlossenen Verband soll nichts weiter sein, als ein Stützpunkt der kommunistischen Partei, von dem aus seine Mäcker hoffen, unsern Verband ihren Herrschülern unterordnen zu können. Daß ihnen das nicht gelingt, darüber wird das Halbmillionsheer der Bauarbeiter zu wachen wissen, das im Deutschen Bauarbeiterverbande seinen gewerkschaftlichen Sachwalter sieht.

Und wenn die Nichtlinien zum Schluß besagen, daß sie gelten sollen bis zur Wiedervereinigung aller deutschen Bauarbeiter in einer Organisation, so rufen wir allen außerhalb unseres Verbandes stehenden Bauarbeitern zu: Tretet ein in den Deutschen Bauarbeiterverband! Auch die Infolge der kommunistischen Herrschaft aus dem Verbande ausgeschlossenen dienen sich wie der Gesamtheit der organisierten Bauarbeiterschaft am besten, wenn sie sich schnellstens wieder einordnen in die Reihen ihrer Verbandskollegen und in die sachungsmäßigen Rechte und Pflichten. Was ihre vor dem Ausschließen erworbenen Verbandsrechte anbelangt, so dürfen sie die Entscheidung vertrauensvoll dem nächsten Verbands- und Bundeskongress überlassen. Nur müssen sie dem Verbandsrat angehören und sich als wahre Gewerkschaftsmitglieder betätigen. Von Außenstehenden wird sich kein Verbandsrat in sein freies Entschlußrecht hineinreden lassen. Befolgen die außerhalb des Verbandes stehenden Bauarbeiter diesen Rat, dann ist es mit dem ausgeschlossenen Verband, diesem durch Parteifanatikus und Inerbrüchigkeit in die Welt gesetzten Zerbrochenen einer gewerkschaftlichen Vereinigung mit einem Schläge vorbei; zum Heile der gesamten Bauarbeiterschaft und ihrer weiteren, erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit.

Weitere Folgen kommunistischer Schandarbeit.

Der Verein Eberswalde aufgelöst.

In Eberswalde arbeiten die der kommunistischen Partei angehörenden Vorstandsmitglieder schon seit Monaten im Sinne der Anweisungen, die von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale in Berlin zur Unterminierung unseres Verbandes ausgesandt worden. Wer es zu verhindern suchte, daß der Verein zum Spielball solcher Wirkstoffe werde, mußte sich von ihnen als Lump, Verräter, Organisationszerstörer und dergleichen beschimpfen lassen. Im Innern und Organisationsverbruch unter den Mitgliedern zu erzeugen, scheuten die Herrschaffen nach bekanntem Rezept selbst trumme Wege nicht. So wurden Streiks eingeleitet, ohne daß die Bezirksleitung oder der Verbandsvorstand davon erfuhr. Erst nachdem sie unter ganz geringfügigen Zufriedenheiten beendet waren, wußte man den Verbandsvorstand zu finden damit er die Unterstützung genehmigte, was dieser natürlich sachungs- und pflichtgemäß ablehnen mußte. Anstatt nun den Mitgliedern reinen Wein einzugießen und ihnen wahrheitsgetreu zu sagen, daß man es verabsäumt habe, Bezirks- und Verbandsleitung rechtzeitig zu unterrichten, die Streikfragebogen einzuliefern, daß man auch während des Streiks keine Streikunterstützung beim Verbandsvorstand beantragt habe, lag man den Mitgliedern vor, der Verbandsvorstand verweigere aus böser Wille die Streikunterstützung. Die Gelehrtheit zu Herrzeiten gegen den Verband wurde somit geradezu an den Haaren herbeigezogen. Die Sozialistierungsbeiträge, der Bauernaufmerksamerummel mußten ebenfalls dazu gehalten. Am 29. Oktober wurden die nachgerade unendlich gewordenen Verfallszinsen in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung auf die Spitze getrieben. Zu dieser Versammlung hatte man sich Gekert verpflichtet, an dessen Stelle war jedoch Kaiser gekommen. In seinem Vortrage über die Vorgänge in Eberswalde. Was ist jetzt zu tun, Aufzählung der Weitergänger? Ichimpfte er zwei Stunden lang in seiner nun schon sehr Jahren bekannten Weise, ohne daß es möglich war, ihm zu entgehen. Vorwärts halber hatte man beschloßen, keine Aussprache zuzulassen. Die Versammlung beschloß dann mit 200 gegen 2 Stimmen im Sinne folgender von Kaiser vorgelegten Leitfäden:

1. Die Beitragsmarken des Deutschen Bauarbeiterverbandes an die Mitglieder in Eberswalde nicht mehr auszugeben, sondern es werden Beitragsmarken des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands ihnen zur Verfügung gestellt;
2. die auf diese Marken einfließenden Gelder werden zu 75 % an die Hauptkasse der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau angegeschlossenens Vereins in Chemnitz abgeführt; 25 % bleiben in Eberswalde;
3. als Statut gelten die Nichtlinien des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands;
4. das Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes, „Der Grundstein“, wird abbestellt. Dafür ist das Chemnitzer Vereinsorgan, „Der Bauarbeiter“, zu abonnieren.

Ein großer Teil der Versammlungsteilnehmer hatte nicht mit abgestimmt, was aber nichts an der Tatsache änderte, daß die Versammlung mit ihrem Beschluß das Band vollends zerriß, das den Verein zuletzt freilich nur noch lose mit dem Verband verbunden hatte. Dem Bezirksleiter blieb danach nur noch übrig, die Auflösung des Vereins auszusprechen. Demnach gelten alle Mitglieder, die dem Beschluß dieser Versammlung folgen und Beitragsmarken des ausgeschlossenen Verbandes haben, als aus unserem Verbande ausgeschlossen.

Der Verein hatte zur Zeit der Auflösung 802 Mitglieder. Nur ein Viertel davon hat somit an dem folgenden Verbandskongress teilgenommen. Es steht zu erwarten, daß den übrigen Kollegen an der Fortführung eines geordneten Organisationslebens liegt, wie unser Verband es in jeder Weise gewahrt. Diesen Kollegen ist Gelegenheit gegeben, eine entsprechende Erklärung abzugeben beim Kongress in Chemnitz, Eberswalde, Dippelsstr. 16, 2. Etg., oder beim Bezirksleiter Otto Lehmann, Berlin, Engelauer 24/25.

Es darf erwartet werden, daß in Eberswalde in kürzester Zeit wieder ein neuer Verein entstehen wird, aufgebaut

nach den bewährten gewerkschaftlichen Grundfäden, wie sie unsern Söhnen und den Beschülften unserer Verbandstage entsprechen. Alle Kollegen im Eberswalder Vereinsgebiet, die dem Deutschen Bauarbeiterverband die Treue halten und ihre im Verbande erworbenen Rechte nicht verlieren wollen, müssen jetzt ihre Zurückhaltung aufgeben und mit allen Kräften an der Wiedererrichtung des Vereins arbeiten, damit er, gestützt durch den starken Rückhalt im Gesamtverbande, wieder eine zuverlässige Schutzwehr werde im Kampfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Keiner ist damit zu rechnen, daß die Verbandszerstörer aus der kommunistischen Gewerkschaftszentrale oder aus der kommunistischen Partei, was auf das gleiche herauskommt, ihr schändliches Treiben auch noch in anderen Vereinen fortsetzen, um auf diese Weise ihrem ausgeschlossenen Verband Mitglieder zuzutreiben. So werden in W o d a u in Schöden gegenwärtig unter Mithilfe eines Verbandsvorstandsmitgliedes die letzten Verträge zu einer gütlichen Verhandlung unternommen. Auch in anderen Vereinen wird Streit vom Zaun gebrochen, für Vertragsverweigerung Zustimmung gemacht, was ohne weiteres zum Ausschluß aus dem Verbande führen muß, wenn nicht die gesunde Vernunft Oberhand gewinnt. Daraus ergibt sich für alle Mitglieder, die den Verband stark und schlagkräftig erhalten wollen, die bringende Pflicht, ihre in letzter Zeit sehr zum Schaden des Ganzen geübte Zurückhaltung aufzugeben und heranziehenden Treibereien entschlossen und mit allem nur möglichen Nachdruck entgegenzutreten.

Vom Recht der Baudelegierten nach dem Betriebsrätegesetz.

In der Nummer 39/40 des „Grundstein“ wurde unter der gleichen Ueberschrift eine Entscheidung des Gewerbeinspektors in Wiesbaden veröffentlicht. Die Firma Dyckerhoff & Widmann A.-G., Wiesbaden am Rhein, aus deren Betrieb diese Streitfragen stammten, hat gegen die Auffassung des Gewerbeinspektors Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden, als vorläufiger Bezirkswirtschaftspräsident, eingelegt. Der Regierungspräsident kommt zu einem gegenteiligen Bescheid. In der Entscheidung, die der Firma zugestellt worden ist, heißt es: „... Wenn die Vorschriften der Betriebsräte über ganz Deutschland bereitelten Betriebe vor der Wahl zusammengekommen sind, so können die für diese Zwecke entstehenden Ausgaben nicht als notwendige Kosten im Sinne des § 36 des Betriebsrätegesetzes angesehen werden, da weder im Gesetz noch in der Maßordnung eine persönliche Führungsnahme der an verschiedenen Orten bestehenden Einzelbetriebsräte eines Unternehmens vorgesehen ist und auch die Auswahl der zur Entsendung in den Ausschüßrat vorzuschlagenden Betriebsratsmitglieder sich ohne Zweifel bei gutem Willen auch auf schriftlichem Wege hätte ermöglichen lassen.“

Die Kosten des Schriftwechsels muß die Firma restlos tragen, die Kosten der persönlichen Zusammenkunft aber nicht. Wie sich diese Frage in Zukunft weiter auswirken wird, muß abgewartet werden. Vorläufig fehlt eine weitere Spruchpraxis. Unsere Baudelegierten und Betriebsräte müssen zunächst von dieser Entscheidung Kenntnis nehmen. An einschätzen wäre diese wichtige Frage zu lösen, wenn den Gewerkschaften durch Vertrag die Möglichkeit gegeben wäre, bei der Belegung der Ausschüßratsstellen mitzuwirken. Ist doch durch unsere Vereine, die sie fortwährend in gegenseitiger Verbindung stehen, eine Auswahl der fähigen Vertreter viel eher möglich, als durch eine Versammlung von Betriebsräten, die sich im Leben noch nicht gesehen haben und in dieser zufälligen Zusammenkunft nummehr so einschneidende Handlungen, wie Wahl von Mitgliedern des Ausschüßrates, vornehmen sollen. Das letzte Wort über die Möglichkeit der Entsendung von Baudelegierten in den Ausschüßrat ist mit vorgenannter Entscheidung noch nicht gesprochen. Wir müssen jedoch, den ganz besonders getarnten Verhältnissen des Baugewerbes auch in dieser Angelegenheit die nötige Beachtung zu verschaffen.

Berichte.

Bezirk Nord- und Südhahn. Mit Wirkung vom gleichen Tage an hat das Lohnamt in Nürnberg am 8. November durch Schiedspruch folgende Stundenlöhne festgesetzt:

Druststoffe	1	2	3	4	5	6
Facharbeiter	180,-	174,60	169,20	160,20	147,60	135,-
Bauhilfsarbeiter	171,-	166,-	160,75	152,10	144,20	128,25

Für die übrigen Arbeitergruppen sind die Löhne nach den vertraglichen Bestimmungen zu errechnen. Die von örtlichen Organisationen der Vertragsparteien vereinbarten außervertraglichen Sonderzulagen kommen durch vorstehende Lohnregelung in Wegfall. Die Werkzeugzulage soll vom 8. November an betragen für Maurer 1 M. für Zimmerer 1,70 M., für Bauhilfs- und Erdarbeiter 40 Pf. pro Stunde. Vom gleichen Tage an erhöhen sich die Sätze der Ziffer 8 der Vereinbarung vom 6. Juni festgesetzten Aufwandsentschädigung von 20 auf 30 M., von 30 auf 45 M., von 40 auf 60 M., von 65 auf 95 M. und von 100 auf 240 M. Die Anträge auf Ortsklassenänderungen wurden den Parteien zu weiterer Behandlung zurückgegeben. Die gemäß § 54 des Reichsarbeitsvertrages für erneute Verhandlungen geltende Frist soll mit dem 8. November beginnen. Die Erlösungsverfristung lief bis zum 14. November.

Bezirk Hamburg. Auf einer am 29. Oktober abgehaltenen Bezirkskonferenz waren 48 Ortsvereine vertreten. Dazu kamen die Bezirksleitung, als Vertreter des Verbandsvorstandes Kollege Otto und vom Verbandsrat der Geizer und Maschinisten Kollege Arno Werner. Der Bezirksleiter, Kollege Müller, erläuterte eingehend den Reichsarbeitsvertrag. Dieser sei eigentlich nicht ein Ergebnis der mit den Unternehmern geführten Verhandlungen. Diese bleiben in den wichtigsten Punkten fruchtlos, weil die Unternehmer es an Entgegenkommen fehlen ließen. Zum größten Teile beruhe der Vertrag auf Entscheidungen des Schiedsgerichtes, die meisten Punkte seien

durch Schiedsprüche festgelegt worden. Erfülle der Vertrag auch nicht alle Wünsche unserer Kollegen, so müsse er doch als Ganzes benütet werden. Deshalb empfahl Kollege Müller den Vertrag zur Annahme. Nach eingehender Aussprache, an der sich Vertreter fast aller Vereine beteiligten, wurde der Vertrag von den Vereinen in der Provinz Schleswig-Holstein mit nur ganz geringer Mehrheit angenommen. Der Verein Hamburg hat für sich im gut stimmenden Sinne entschieden. Im Verlauf der weiteren Beratungen ersuchte Kollege Müller, die Quittungen über die Sozialisierungsmarken so schnell wie möglich an die Bezirksleitung einzuliefern. Der Kollege Freytag, Vorsitzender des Vereins Eimsbörn, hatte Sonderkonferenzen der benachbarten Vereine beantragt, angeblich, damit zu dem Reichsarbeitsvertrag Stellung genommen werden solle. In der Aussprache und in einer Entschließung wurde sein Verhalten scharf beurteilt. Der vom Reichsarbeitsvertrag über die Novemberlöhne gefällte Schiedspruch wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Damit fand die anregend verlaufene Tagung um 5 Uhr ihr Ende.

Braunschweig. Die am 2. November abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung war so stark besucht, daß der Saal nicht alle Teilnehmer fassen konnte und ein großer Teil unserer Kollegen bei Versammlung im Vortraum betrocknen mußte. Der vom Ausschüßrat geteils erstattete Kasienbericht wurde ohne Zustimmung und dem Kassierer Entlassung erteilt. Sodann berichtigte Kollege Reifsen über die Lohnverhandlungen. Unsere Verhandlungsteilnehmer hatten eine Erhöhung der Löhne um 100 % gefordert. Obgleich die jetzigen Lohnverhältnisse durch noch lange nicht ausgleichende Erhöhungen wären, boten die Unternehmer nur 48 %. Eine Erhöhung war nicht zu erzielen, und so mußte das parteiische Schiedsgericht entscheiden. Es entschied, daß die Löhne um 62 % zu erhöhen seien. Die Unternehmer stimmten diesem Schiedspruch zu. Die Unternehmer hatten sich bis zum 6. November zu erklären. Vom 2. November an betragen die Stundenlöhne nach dieser Lohnverhöhung für Maurer 175 M., für Bauhilfsarbeiter 168 M., für Tiefbauarbeiter 167,50 M. Kollege Reifsen verwies darauf, daß die Arbeiter trotz aller Lohnverhöhungen immer tiefer ins Elend kommen. Denn die Preise sind schon längst wieder erhöht, die Arbeiter aber geringfügiger, der Preissteigerung in keiner Weise entsprechende Lohnverhöhung erhalten. Die Arbeiterzeitung und den Deutschlands muß geschlossen zusammenstehen und den Deutschen Willen der Arbeiterkraft durchzusetzen. Sie wird dem NSDAP. den Weg zeigen, der die Arbeiterkraft wird vom weiteren Verelendung befreit. Es gilt, nicht nur vor weiterer Verelendung zu warnen, sondern sie auch mit allen Mitteln aufzuhalten, sondern sie auch mit allen Mitteln durchzuführen. In einer sehr regen Aussprache bemängelten alle Redner, daß die Bauhilfsarbeiter geringere Löhne erhalten als die Facharbeiter. Einmütig fordern unsere Kollegen, daß der Bauhilfsarbeiter der gleichen Lohn erhält wie der Maurer. Die Bauarbeiterzeitung Braunschweigs behauptet, daß der größte Teil der Kollegen im Bauarbeiterverbande dem Reichsarbeitsvertrag beigetreten hat. Denn darin sind schon die Massenlöhne festgesetzt. Jetzt werden es die ungelerten Arbeiter an ihrem eigenen Leibe spüren, daß die Spanne zwischen den Bauarbeiter- und Maurerlöhnen immer größer wird, obgleich es in den Preisen keinen Unterschied gibt.

Kollege Reifsen gab dann einen Bericht aus Nr. 44 des „Grundstein“ bekannt, der nicht der Wahrheit entspricht und von dem der Vorstand auch nicht weiß, was der Gesandter ist. Die Mitgliederversammlung verlangt vom Verbandsvorstande einmütige Aufklärung, worin der Bericht erstattet ist und wie es möglich ist, daß ein Bericht im „Grundstein“ steht, wovon der Vorstand keine Kenntnis hat. Die Mitgliederversammlung beschloß einmütig, daß ein Mitglied des Verbandsvorstandes in der nächsten Versammlung anwesend ist, damit er persönlich den Bericht der Braunschweiger Kollegen kennenlernt. Andernfalls ist er für die Folgen verantwortlich. Die Bauarbeiterzeitung ist es Braunschweigs ist bis jetzt einzig geblieben und bleibt es auch weiterhin, kann kommen was will, von welcher Seite es auch sein mag, sie bleibt geschlossen zusammen. Werke Mitglieder erbscheiden in diesem Bericht, daß Leute an Werke sind, die innerhalb der Braunschweiger Bauarbeiterzeitung sind, die innerlich hineinbringen wollen, und dazu reißt der „Grundstein“ seine Hand! Der Vorstand wurde beauftragt, dem Verbandsvorstande dies sofort mitzuteilen. Die nächste außerordentliche Mitgliederversammlung findet statt, sobald der Verbandsvorstand vom Verbandsvorstand Nachricht hat. Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Es gilt, die Geschlossenheit des Bezirksvereins Braunschweig zu erhalten.

Wir sind der Meinung, daß man sich wegen des beanstandeten Berichtes doch weitlich gelassener auseinandersetzen kann, als dies in dem vorstehenden Bericht zum Ausdruck kommt. Warum denn gleich in jedem Kollegen, der etwas tat, was einem nicht behagt, einen Völschweig sehen, dessen man unbedingt habhaft werden muß, um ihn bei den Ohren nehmen zu können? Der Verfasser des beanstandeten Berichtes ist uns nicht bekannt. Wir können ihn also nicht nennen, und kennen wir ihn, so würden wir ihn auch leicht begreifen, wenn wir ihn so ohne weiteres nennen. Und was den Einsender anbetrifft, so kann kein Urteil von Braunschweiger Mitglieder mehr als dieser erfüllt sein von der Sorge um das Gedeihen des Verbandes zum Wohle der gesamten Mitgliederschaft. Selbstverständlich müssen Verfasser und Einsender für ihren Bericht einstehen. Für die Bezirksleitung lag in diesem Falle gar kein Grund vor, der Einsendeiung in Braunschweig den Bericht zur Verfügung vorzulegen; zumal doch nicht angenommen werden durfte, daß sie mit dieser öffentlichen Versammlung etwas zu tun hatte. Der wegen der Aufnahme des Berichtes gegen die Schriftleitung erhobene Vorwurf ist somit unbegründet.

Zun soll der beanstandete Bericht nicht der Wahrheit entsprechen. Es war darin behauptet worden, daß Sekret einer öffentlichen Versammlung nach Braunschweig eingeladen war, in der zur Teuerung und zum Betriebsrätekonferenz Stellung genommen werden sollte. Daß an seiner Stelle Kaiser erschienen sei und bei sehr schwachem Besuch

in seiner Rede auch auf Raeplov und die Verbandsleitung geschimpft habe, daß die Verammlung dazu dienen sollte, um zu prüfen, wie die Braunschweiger Bauarbeiterschaft zum kommunistischen Bauarbeiterverband stehe. Leider ergibt sich aus dem vorliegenden Bericht nicht, was nun von diesen Tatsachen nicht der Wahrheit entspricht. Sollte der Bericht-erfasser sich die ganze Geschichte aus den Fingern gezogen haben? Dann verdient er allerdings, sehr scharf gerügt zu werden. Also vermeiden wir jegliche unnothige Aufregung. Sagen wir uns sachlich und in kollegialer Weise, wie es sich in Wahrheit verhält, dann wird die Verständigung nicht schwer fallen. Die Schriftleitung.

Gesellkassen. Wie uns berichtet wird, hat der Verein am 30. Oktober eine gut besuchte Mitgliederversammlung abgehalten. Diese hat den für November gefällten Schiedsspruch abgelehnt, weil die darin festgesetzten Löhne den Feuerungsverhältnissen nicht entsprechen. Weiter enthält der Bericht eine ziemlich lange, zum Teil sehr ergrützte Entgegnung auf den in Nr. 43 des „Grundstein“ veröffentlichten Bericht unter der Überschrift: „Wie die Kommunisten in der Praxis arbeiten“. Sachlich ergibt sich aus der Entgegnung, daß die geschiederten Mißstände bestehen, aber nicht nur an einer Baustelle, sondern im ganzen Industriegebiet, und zwar bei Arbeitern aller Richtungen. Daß Afford- und Ueberstundenarbeit daran schuld sind. Die Verammlung empfand es deshalb als ungerecht, daß der Berichtler nicht kommunistisch gerichtete Kollegen als Sündenböcke hinstellte. Es wurde gegen ihn der Vorwurf erhoben, er habe die Baustelle verlassen, anstatt dazubleiben, und bei der Beseitigung der Mißstände beihilflich zu sein. Der in Nr. 43 genannte Kollege Kompeßki habe nur 2 Tage auf der Baustelle gearbeitet und sich mit dem Einseher und den übrigen Kollegen um die Beseitigung der Mißstände bemüht. Kollege Debus mußte eine mit 67 gegen 6 Stimmen, bei fester Stimmhaltung, beschlossene Mitleid einstimmen, weil er der Veröffentlichung des einseitig gehaltenen Berichtes zugestimmt habe.

Wir nehmen diese Gelegenheit zum Anlaß, unsere Kollegen in den Vereinen dringend zu bitten, sich bei ihren Berichten größtmöglicher Sachlichkeit zu befleißigen. Vor allem sollte vollkommen aus dem Spiele bleiben, welcher politischen Richtung ein Kollege angehöre. Es sei denn, er wolle im Auftrage seiner Partei gegen den Verband. In solchen Fällen gebührt ihm auch als Parteimitglied, auf die Finger geklopft zu werden. In allen Fragen des Verbandslebens müssen wir bemüht sein, uns auch mit den Kollegen sachlich und ohne persönliche Spitzen auseinanderzusetzen, die eine abweichende Meinung vertreten. Sehen wir bei jedem Kollegen voraus, daß er das Beste für den Verband will, solange jene Handlungen nicht das Gegenteil ergeben, seien wir bei allen Auseinandersetzungen sachlich, wahrhaftig und aufrichtig, so wird eine Verständigung zu erzielen und jede gegenseitige Erbitterung zu vermeiden sein. Die Schriftleitung.

Gipser und Stukkateure.

Effen. (Aus der Fachgruppe.) Am Schluß des dritten Quartals gab unsere Fachgruppe 316 Mitglieder. Der Schiedsspruch des Düsseldorf-Rohmanns vom 27. Oktober jähre den Stundenlohn der Maurer auf 167 M fest; dazu erhalten die Arbeiter 5 %; ihr Stundenlohn beträgt somit 175,35 M. Die Stukkateure kommen mit ihrem tarifmäßigen Zuschlag von 15 % auf 192,05 M. Die bei der Fiedelengemeinschaft beschäftigten Kollegen unterziehen ebenfalls unserem Tarifvertrag; sie erhalten den gleichen Lohn wie die Stukkateure. Die Abfordhöhe werden jetzt nach dem 6,18fachen der im Mai 1922 vereinbarten Höhe berechnet. Dadurch, daß die Bauten des Sieblingsverbandes eingestellt wurden, ist unsere Arbeitslosigkeit bedeutend eingetreten worden, doch gehen wir mitunternehmern noch ziemlich zu tun. In Dortmund wollen die Unternehmer nicht mehr nach dem Orts-tarif, sondern nach dem Bezirkstarif bezahlen. Die Fachgruppe Dortmund fordert in einem Rundschreiben, daß eine Kommission zur Klärung der damit zusammenhängenden Fragen einberufen werde. Bei den Verhandlungen über den Bezirkstarifvertrag haben die Kollegen aus Duisburg und Effen für Ruder und Stukkateure einheitliche Forderungen. Leider ist dies nicht erreicht worden, weil die Kollegen aus Dortmund dem Bezirkstarifvertrag widerstehen und die Vertreter aus anderen westfälischen Städten für Ruder nicht eingetreten sind. Wir haben uns für den Bezirkstarifvertrag und damit für die Gesamtheit der Kollegen eingesetzt und werden deshalb an ihm festhalten. Obwohl die Stukkateure früher die Pioniere im Kampfe um den Achtstundentag waren, arbeiten manche unserer Kollegen jetzt länger als 8 Stunden täglich. Im hiesigen Bezirk hatten wir schon 1915 den Neunstundentag erreicht. Deshalb müssen unsere Kollegen die ersten sein, die den Achtstundentag einpflanzen und schützen, damit man uns nicht eines Tages ähnt, alleamt wieder 10 Stunden täglich zu arbeiten. Wilhelm Koller.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

An die in Südjütland (Nordschleswig) beschäftigten Verbandsmitglieder. Die Satzung der Bauarbeiterinternationalen verpflichtet jeden Kollegen, sich bei der Organisation des Landes anzumelden, wo er in Arbeit steht, und auch dort seine Verbandsbeiträge zu entrichten. Das wird nach einer vom Vorstand der dänischen Mauerorganisation erhobenen Beschwerde anscheinend nicht genügend von unsern, im dänischen Teil Nordschleswigs arbeitenden Verbandsmitgliedern beachtet. Einige dieser Mitglieder entrichten ihre Beiträge angeblich im Heimatverein und andere in den Zahlstellen des Nordschleswigschen Bauarbeiterverbandes. Das ist nach den Satzungen unzulässig. Alle im dänischen Nordschleswig arbeitenden Verbandsmitglieder sind verpflichtet, sich in den Zahlstellen des dänischen Mauerverbandes anzumelden und dort ihre Beiträge zu entrichten. Das kann geschehen in Broecker bei N. Chr. Pedersen, Smool pr. Skodsbøl; in Graven-

Verbandskalender 1923.

An der Fertigstellung unseres Verbandskalenders wird in der Buchdrucker- und Verlagsanstalt gearbeitet. Die Arbeit hat sich einige Zeit verzögert, weil gewisse zum Einband erforderliche Stoffe nur schwer herzubekommen waren. Jetzt ist alles zum Einbinden erforderlich vorhanden, die Arbeit geht flott voran, so daß in einigen Wochen mit dem Versand begonnen werden kann. Auch der Preis wird nunmehr in Bände festgestellt werden können.

Soweit unsere Verbandsmitglieder und die Vereinsleitungen noch keine Kalenderbestellungen aufgegeben haben, werden sie nochmals dringend gebeten, dies jetzt ungeschäumt zu tun!

Der Kalender wird in einer Auflage von 75 000 Stück hergestellt, davon sind bis jetzt 62 000 Stück bestellt. Eine Neuauflage ist leider nicht möglich. Deshalb, Verbandsmitglieder, säugert nicht länger mit der Bestellung!

Verbandstagsprotokoll.

Die Niederschrift von den Verhandlungen unseres Leipziger Verbandstages ist unentbehrlich für jedes Verbandsmitglied, das über die Verbandsentwicklung unterrichtet sein will, das teilnimmt an Verbandsleben und an der Werberarbeit; denn das Buch enthält ein sehr wichtiges Stück Verbandsgeschichte und sollte deshalb auf dem Bücherregal jedes Verbandsmitgliedes zu finden sein. Leider kann den Mitgliedern die Niederschrift nicht mehr so früher zu einem Preise geliefert werden, der selbst für das gebundene Buch eine Reichsumt wohl kaum überschritten hat.

Der Verbandsvorstand stellt den Verbandsmitgliedern diese Niederschrift zur Verfügung zum Preise von 100 M für die gebundene und 160 M für die gebundene Ausgabe.

Dieser Preis deutet nicht einmal die tatsächlichen Herstellungskosten. In den allgemeinen Verhältnissen gemessen, ist er immer noch sehr niedrig. Den Verbandsmitgliedern ist somit eine gute Gelegenheit geboten, ein wichtiges, über das Verbandsleben unterrichtendes Buch zu erwerben. Sie werden deshalb gebeten, sich bei ihrem Vereinsvorstande schnellstens eine Niederschrift zu bestellen! Die Vereinsvorstände erwerben sich ein Verdienst um die Kufführungsarbeit, wenn sie unter ihren Mitgliedern für die Verbreitung dieses nützlichen Buches werben.

stein bei H. Feddersen, Trappen bei Gravenstein; in Hadersleben bei R. Bläsid, Klosterstraße 28, 1. Et.; in Sonderburg bei Iver Iversen, Augustenburger Chaussee 49; in Tondern bei Johann Nielsen, Kuhnstraße 2, 1. Etage.

Vom Bau.

Eisenach. Auf der Baustelle der Soda- und Ammoniakfabrik stürzte am 2. November eine 24 m lange und 10,30 m hohe Mauer in sich zusammen. Glücklicherweise gelang es den an der Unfallstelle tätigen Arbeitern, sich durch Ab-springen und Erklammern des Daches außer Gefahr zu bringen, so daß der Unfall wenigstens kein Menschenleben kostete. Die Mauer war nur 25 cm stark aufgeführt worden, mit 38 cm starken Verstärkungspfählen in einem Abstände von 3,70 m und dazu noch von 4 m hohen Fenster-sicherungen unterbrochen. Der Polier hat die Bauleitung wiederholt darauf hingewiesen, daß die Mauer zu schwach sei, um standhalten zu können. Leider vergeblich. Es ist erstaunlich, daß ein derartiges Bauwerk überhaupt bau-polizeilich genehmigt werden konnte. Jetzt nach dem Ein-sturz weiß man, wie stark eine solche Mauer sein muß; denn man läßt sie 38 cm stark mit 64 cm starken Ver-stärkungspfählen wieder aufführen. Der zum Bau ver-wendete Schotter ist für solche Arbeiten auch un-geneigt. Die Anstellung sachverständiger Bauarbeiter als Baukontrolloren wird immer dringlicher. Leider wiesen die Behörden unsere dahingehenden Vorschläge ab, weil kein Bedürfnis für Baukontrolloren vorhanden sein soll.

Gelsenkirchen. Auf der Baustelle des Unternehmers Kollmeier in Wattenfeld, Zeche „Größliche Morgenjonne“, verunglückte am 2. November unser Kollege, der Maurer Fritz Wäh, dadurch, daß eine Mauer einstürzte, wobei er zu Tode getroffen wurde. Gegen den leitenden Polier soll die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet haben. — Dieser Unfall beweist aufs Neue, wie notwendig es ist, daß unsere Kollegen ihr Leben und ihre Gesundheit selbst schützen. Den Anteilern der Unternehmung fehlt hierfür meistens jedes Verständnis.

Gleiwitz. Am Bau des Zementfabrikwerkes der Zellulosefabrik in Cosel-Dafen, ausgeführt durch die Firma Naht & Co., stürzte ein Arbeiter, der in einer Höhe von 66 Metern Baustoffe einnahm, ab und blieb zerquetscht liegen.

Gotha. Am 31. Oktober fiel unser treuer Kollege Ernst Groß auf dem Fabrikneubau Wühner in Lambach einem schweren Unfall zum Opfer. Er hatte in einem Graben von 1,20 m Tiefe einen Stein zu spalten, als über ihm 2 Ketten rissen, woran eine Planke befestigt war, um das Rollenlager zu halten. Kollege Groß wurde unter den Resten begraben und konnte nur noch als Leiche ge-erhoben werden. Groß war einer unserer Besten; er hinterläßt eine Witwe mit 6 Kindern.

Karlruhe. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 27. Oktober im hinteren Murgtal. Dort wird von der Siemens-Bauunion, Berlin, ein Kraftwerk gebaut. Zu diesem Werk gehört auch der Schwarzbachstollen, der durch einen Berg ge-trieben ist. Das Gebirge besteht aus Granit. Der Stollen ist bereits 250 m vorgetrieben. Am genannten Tage zündeten nun 2 Kollegen ganz hinten im Stollen, im sogenannten Stoß, die Sprengschüsse an. Gleichzeitig wurden aber auch 100 m weiter vorn, dem Ausgange des Stollens zu, ebenfalls Spreng-schüsse angezündet, von deren Sprengfluten dann die beiden Kollegen beim Zurückgehen getroffen wurden. Beide wurden schwer verletzt, so daß ein Kollege am nächsten Tage starb. Der Beigefinn, mit dem hier gehandelt wurde, ist unbecant-morlich. Die Untersuchung wird hoffentlich ergeben, wer der Schuldige ist.

Necklinghausen. Am 2. November stürzte auf der Zeche König Ludwig ein Gerüst ein, auf dem 4 Kollegen in etwa 8 m Höhe mit dem Abbruch eines alten Gefäßes be-schäftigt waren. Das Gerüst soll durch Abbruchmaterial über-belastet worden sein, wodurch 2 Getel brachen, und da auch ein vorchristliches Untergestell zerfiel, so stürzte es mit allem, was sich darauf befand, in die Tiefe. Dabei erlitten die Maurer Satorra und Spiegel erhebliche Verletzungen an Kopf und Weinen. Spiegel mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, war nicht mehr festzustellen, weil schon alles wieder aufgearbeitet und ein neues Gerüst hergestellt war, ehe die Baupolizei auf der Baustelle eintraf. Der Unfall hätte leicht noch schwerere Fol-gen haben können. Trotzdem fehlte an dem neuen Gerüst ein ausreichender Leitergang, so daß die Arbeiter das letzte Stück bis zum oberen Gerüst erklettern mußten. Große Zeit ist es, daß auch die Bauereignisgenossenschaft hier nach dem Nechten sieht; denn es kann ihr nicht unbekannt sein, wie sich die Unfälle im hiesigen Bezirk in der letzten Zeit gefühlt haben. Unsere Kollegen, besonders die Poliere, werden er-mahnt, den Anordnungen der amtlichen Baukontrolloren Folge zu leisten, damit auch solche Unfälle vermeiden werden wie der, der sich vor 4 Wochen auf der Zeche Augusta Victoria ereignete, durch den der Maurerlehrling Gertz sein Leben einbüßte.

Siegen. Am 31. Oktober stürzte an dem Fabrikneubau der Grube Spannenberger-Einigkeit, ausführender Bauunter-nehmer Fr. Neuberger, Siegen, ein 18 m hoher Getel zu-sammen. Die Bauarbeiter hatten des schlechten Wetters wegen kurz vor dem Zusammenbruch die Arbeitsstelle ver-lassen. Nur diesem Umstande ist es zu verdanken, daß dem Ein-sturz kein Menschenleben zum Opfer gefallen ist. Als Ursache wird angenommen, daß zwei T-Träger, die über eine 4 m weite Öffnung gelegt waren, zu schwach waren, die Belastung zu tragen und nachgegeben hatten. Es erscheint uns notwendig, daß sich die Baubehörde einmal näher mit der Arbeitsweise auf dieser Baustelle befaßt, da im vorigen Jahre an einem andern Bau ein Getel in ähnlicher Weise zusammenstürzte. Es darf nicht sein, daß Unternehmer und Bauarbeiter Leben und Gesundheit der Bauarbeiter leichtfertig aufs Spiel setzen.

Schwedt. Am 30. Oktober verunglückte der 36 Jahre alte Maurer Paul Spiker beim Abbruch in der Tegaziegelei. Um ein Stück Mauer ganz unversehrt, stemmte er an einer Seite durchgehend einen Stützbaum. Als er damit noch nicht ganz zu Ende war, stürzte plötzlich begünstigt durch einen starken Windstoß, die Mauer ein. Der Versuch, auf die Seite zu springen, mißlang, so daß er bis zu den Hüften unter das Mauerwerk zu liegen kam. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus trat der Tod ein. Der verunglückte Kollege hinterläßt eine Frau mit 5 unehelichen Kindern. Kollegen, dieser Fall sei eine Warnung! Stellt Euer Leben und Eure Gesundheit nicht leichtfertig aufs Spiel um eines Vorteils willen, den ja doch nur der Unternehmer hat!

Am besseren Bauarbeiter-schutz. Am 6. und 7. No- vember nahm in Berlin eine vom Zentralverband der Dachbeder Deutschlands einberufene Konferenz Stellung zur Beseitigung der Abstrichgefahren vom Dache. Ver-treten waren außer dem Dachbederverband, der Deutsche Bauarbeiterverband sowie die Verbände der Zimmerer, Maler, Glaser und Metallarbeiter. Außerdem nahmen einige Vertreter von Behörden und Arbeitgebern an der Konferenz teil. Kollege Thomas vom Dachbederverband führte einleitend aus, daß nach dem Kriege für den Bau- arbeiter-schutz fast nichts getan sei. Die Gewerkschaften mußten ihre Kraft hauptsächlich für die notwendigen Lohn- bewegungen verwenden. Die wirtschaftlich hohen Preise für Holz haben dazu geführt, daß auf den Baustellen an dem nötigen Schutzgerüst gespart wird. Infolgedessen nehmen die Unfälle besonders bei Dachbederarbeiten in erschreckender Weise zu. Mehr als 100 Unfälle, darunter allein 29 mit tödlichem Ausgang, sind in diesem Jahre schon gemeldet worden. Es ist höchste Zeit, daß die Be- hörden und namentlich die preussischen mehr für den Bau- arbeiter-schutz tun. Eine vom Kollegen Thomas vorgelegte Entschließung enthält Vorschläge für alle zur Abwendung der Abstrichgefahren erforderlichen Maßnahmen. Alle Ver- treter verpflichteten seinen Ausführungen bei, verlangten aber, daß die Konferenz auch Stellung nehme zum Bau- arbeiter-schutz im allgemeinen. Vor allen Dingen müsse ge- fordert werden, daß auch Baukontrolloren aus Bauarbeiter- kreisen eingestellt und mit den Befugnissen der Baupolizei ausgestattet werden. In seinem Schlußwort dankte der Kollege Thomas den Teilnehmern für ihre Mitarbeit und richtete an die Vertreter der Behörden das Ersuchen, für die Wertverwirklichung der in der Entschließung dieser Konfe- renz aufgestellten Forderungen einzutreten. Wenn die Bauarbeiter an dem Wiederaufbau Deutschlands mitwirken sollen, dann können sie das alles geschäftlich, was zur Erhaltung ihrer Gesundheit und ihres Lebens erforderlich ist.

Bücher und Schriften.

Die Kunst im Arbeiterheim. Der von den vier großen Verbänden der graphischen Industrie ins Leben gerufene **Volkstumverlag**, „Das Bild“ (Gesellschaftsstelle: Berlin- Mariendorfer, Kurfürststraße 19) teilt mit, daß der Preis der bisher erschienenen originalgroßen Bilder „Das Volksgemälde“, von Menzel (46/66), „Der Kofflerkaren“, von Menzel (56/62) und „Jedale Landchaft“ (56/65), von Richard Schickel, vom 1. Oktober 1922 an

